

„Untersteht das Berliner Betriebsgesetz der Bundesgesetzgebung?“

(Fakten zur Beantwortung der Frage)

»GRUNDGESETZ, Abschnitt VIII. Die Ausführung der Bundesgesetze und die Bundesverwaltung

Artikel 83

Die Länder führen die Bundesgesetze als eigene Angelegenheit aus, soweit dieses Grundgesetz nichts anderes bestimmt oder zulässt.

Artikel 84

(1) Führen die Länder die Bundesgesetze als eigene Angelegenheit aus, so regeln sie die Einrichtung der Behörden und das Verwaltungsverfahren. ... **Durch Bundesgesetz dürfen Gemeinden und Gemeindeverbänden Aufgaben nicht übertragen werden.**

(2) Die Bundesregierung kann mit Zustimmung des Bundesrates *allgemeine Verwaltungsvorschriften* erlassen.

(5) Der Bundesregierung kann durch Bundesgesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, zur Ausführung von Bundesgesetzen die Befugnis verliehen werden, für besondere Fälle Einzelweisungen zu erteilen.«

Artikel 85

(1) Führen die Länder die Bundesgesetze im Auftrage des Bundes aus, so bleibt die Einrichtung der Behörden Angelegenheit der Länder, soweit nicht Bundesgesetze mit Zustimmung des Bundesrates etwas anderes bestimmen. **Durch Bundesgesetz dürfen Gemeinden und Gemeindeverbänden Aufgaben nicht übertragen werden.**

Artikel 87

(1) In bundeseigener Verwaltung mit eigenem Verwaltungsunterbau werden geführt der Auswärtige Dienst, die Bundesfinanzverwaltung und nach Maßgabe des Artikels 89 die Verwaltung der Bundeswasserstraßen und der Schifffahrt. Durch Bundesgesetz *können* Bundesgrenzschutzbehörden, Zentralstellen für das polizeiliche Auskunfts- und Nachrichtenwesen, für die Kriminalpolizei und zur Sammlung von Unterlagen für Zwecke des Verfassungsschutzes ... eingerichtet werden.«

Quelle: www.bundestag.de/parlament/aufgaben/rechtsgrundlagen/grundgesetz (Auszüge)

BUNDESMINISTERIUM DER FINANZEN (BMFin):

Suchtext »Landesunternehmen« Suchergebnis: »Es wurden *keine Ergebnisse* gefunden.«

Quelle: www.bundesfinanzministerium.de/.../Gesetze/gesetze_und_verordnungen_Formular.html

Das Gesetz »**Öffentliche Betriebe** - Gesetz zur Änderung des Bewertungsgesetzes und des Vermögenssteuergesetzes vom 24. März 1965« (Einbringer: Bundesministerium der Finanzen – Bereich „Besitz- und Verkehrssteuern“ war das erste, einzige und letzte Bundesgesetz in Fragen „Öffentl. Betriebe“

Quelle: www.archivportal-d.de

»**Berliner Betriebe-Gesetz** (BerlBG): **Landesrecht Berlin**, Normgeber: Bundesland Berlin»

Quelle: www.lexsoft.de

Frank SCHOLZ [VATTENFALL AG], Andreas SCHULER [VATTENFALL AG], Hans-Peter SCHWINTOWSKI [Humboldt-Universität Berlin, Lehrstuhl für Bürgerliches Recht, Handels- und Wirtschaftsrecht]: Risikomanagement der 'öffentlichen Hand'. Heidelberg 2009

Die Autoren erwähnen kein Bundesgesetz, welches Unternehmen der 'öffentlichen Hand' reguliert.

»Als „**Anstalt des öffentlichen Rechts**“ (AöR) wird eine Verwaltungseinrichtung bezeichnet, die mit einer öffentlichen Aufgabe betraut ist, welche ihr per Gesetz oder per Satzung zugewiesen worden ist. Ebenso wie die „**Körperschaft des öffentlichen Rechts**“ sowie die „**Stiftung**“ zählt sie zu den juristischen Personen des öffentlichen Rechts. ... Die Träger der Anstalten des öffentlichen Rechts werden als **Anstaltsherren** bezeichnet. Diese können *sowohl* die Gemeinden, die Länder oder der Bund sein. Dementsprechend werden die Arten der Anstalten des öffentlichen Rechts anhand ihrer Träger definiert: Kommunale Anstalten des öffentlichen Rechts, **Landesunmittelbare** Anstalten des öffentlichen Rechts, Bundesunmittelbare Anstalten des öffentlichen Rechts.«

Quelle: www.juraforum.de/lexikon/anstalt-oeffentlichen-rechts

Fazit:

»Das Berliner Betriebsgesetz betrifft eine landesunmittelbare AöR, die landeseigene Aufgaben erfüllt. Der „Bund“ hat über die vom BerlBG erfassten Entitäten keine Weisungsbefugnis.«